

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 88 (2008)
Heft: 965

Rubrik: Dossier : Europa, gerne : EU, nein danke!

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- (1) Die Superbürokratie
- (2) Unser aller Erbe
- (3) «Die wenigsten Politiker denken wirklich europäisch»
- (4) Der Markt und das Monster
- (5) Ein Schein von Einigkeit
- (6) Als ob die Geschichte zu Ende wäre
- (7) Die Verschweigerung Europas

Europa, gerne. EU, nein danke!

Auch wenn einige unserer Volksvertreter ihre EU-Begeisterung in ihrem Herzen bewahrt haben mögen, so wagen sie es kaum mehr, sie offen auszusprechen. Die Mehrheit der Vertretenen ist in den letzten Jahren zunehmend EU-skeptisch geworden. Wir nutzen die Aussenperspektive, um einen kritischen Blick auf ein politisches Gebilde zu werfen, das widersprüchlich, zentralistisch, bürokratisch – und demokratisch kaum legitimiert ist.

Aus dem EU-Skeptizismus eine exklusiv helvetische Bürgertugend zu machen, wäre jedoch verfehlt. Denn auch viele EU-Bürger leiden an der Union. Die Frage stellt sich immer drängender: Ist eine Union die geeignete Form für Staaten, deren einzige Gemeinsamkeit oft darin besteht, dass sie sich voneinander unterscheiden?

Der deutsche Ökonom Wilhelm Röpke, ein überzeugter Europäer, stand dem Projekt einer von oben verordneten Union von Anfang kritisch gegenüber. Was er 1960 in einem Beitrag für die «Schweizer Monatshefte» schrieb, ist heute ebenso gültig wie damals: *«Jedes Monolithische, starr Schablonenhafte ist Europa fremd, und keine Feststellung ist hier zugleich wahrer wie unbestrittener als die, dass es das Wesen Europas ausmacht, eine Einheit in*

der Vielheit zu sein, weshalb denn auch so viele der heutigen Aktionen einer zentristischen «Integration» Europas auf einem tragischen Irrtum beruhen und einem Verrat am europäischen Wesen nahekommen.»

Die Montanunion von 1952, die erste europäische Institution (Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten), trug bereits den Keim der Zweideutigkeit in sich. Einerseits wurde durch sie ein von Zöllen und Subventionen befreiter gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl geschaffen, andererseits wurden jedoch hohe Gremien eingesetzt, die den nationalen Regierungen erlaubten, auf die europäische Politik nach Massgabe ihres Nationalegoismus Einfluss zu nehmen.

An der egoistisch motivierten Regulierungs- und Harmonisierungswut krankt die EU bis heute. Die Autoren des Dossiers, die aus den wichtigen EU-Staaten stammen, analysieren aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Defizite des supranationalen Gebildes. Und sie zeigen Wege aus der verfahrenen Situation auf – von einem losen Staatenbund bis zu einem Bundesstaat nach helvetisch-föderalem Vorbild.

Könnte es sein, dass die Schweiz europäischer ist als die Europäische Union?

René Scheu

Sie kann schalten und walten, wie sie will. Sie ist Exekutive, Legislative und Judikative in Personalunion. Es fehlt ihr bloss die demokratische Legitimierung. Eine Analyse der EU-Kommission.

(1) Die Superbürokratie

Roland Vaubel

* Raymond Fisman & Roberta Gatti: «Decentralization and corruption: evidence across countries». *Journal of Public Economics* 83.3 (März 2002).

** Hermann Schmitt & Jacques Thomassen: «Political Representation and Legitimacy in the European Union». Oxford University Press, 1999.

Die Kommission der Europäischen Union ist nicht nur die Exekutive einer supranationalen Organisation, sondern vor allem eine Exekutive mit Supermacht:

- in der Gesetzgebung kommt ihr eine Schlüsselqualifikation zu,
- sie hat quasijudikative Kompetenzen,
- als Wächter über die Verträge ist sie der Superstaatsanwalt der Union,
- und als Exekutive unterliegt sie keinerlei Weisungen der gewählten Organe oder der Bürger, was dem Demokratieprinzip widerspricht.

Betrachten wir diese Anomalien im einzelnen. Die Kommission besitzt – *erstens* – das Vorschlagsmonopol in der Gesetzgebung. Ohne Vorschlag von ihr kann es keine europäische Gesetzgebung geben. Man stelle sich vor, in der Schweiz könnten weder die Mitglieder des Nationalrats noch die Mitglieder des Ständerats die Gesetzgebungsinitiative ergreifen. Das ist nicht nur ungewöhnlich, sondern einmalig: das EU-Parlament ist wahrscheinlich das einzige Parlament der Welt, das kein Vorschlagsrecht für die Gesetzgebung hat.

Wegen der weitverbreiteten Kritik an diesem Zustand hat der Vertrag von Maastricht (1992) dem EU-Parlament und dem EU-Rat, in dem die Minister der Mitgliedstaaten vertreten sind, ausdrücklich das Recht zugesprochen, die Kommission zur Vorlage von Gesetzesentwürfen aufzufordern. Aber die Kommission hat schon 1995 in einer Mitteilung klargestellt, dass sie sich nicht

verpflichtet fühle, einer solchen Aufforderung auch Folge zu leisten. Kommt hinzu, dass Parlament und Rat, praktisch gesehen, auch schon zuvor die Möglichkeit hatten, die Kommission in einer Entschliessung aufzufordern, einen Gesetzesentwurf zu einem bestimmten Thema vorzulegen. Der Vertrag von Maastricht hat deshalb in dieser Hinsicht faktisch nichts geändert. Man hat das Problem nicht gelöst, sondern die Öffentlichkeit in die Irre geführt.

Auch im weiteren Gesetzgebungsprozess nimmt die Kommission zu Änderungsvorschlägen Stellung und bestimmt durch ihr Votum das Entscheidungsquorum im Rat: schliesst sich der Rat dem Votum der Kommission an, so kann er mit qualifizierter Mehrheit entscheiden; tut er es nicht, so ist Einstimmigkeit erforderlich. Die Kommission wird jedoch gar keinen Vorschlag unterbreiten, wenn sie befürchtet, dass der Rat sich einstimmig darüber hinwegsetzen könnte. Insbesondere wird sie keine Vorschläge machen, die zu einer Repatriierung von Kompetenzen führen könnten. Deshalb ist die ordentliche Gesetzgebung der Union eine Einbahnstrasse in Richtung Zentralisierung. Man kann anhalten, aber es gibt kein Zurück. Angesichts dessen ist es um so stossender, dass die EU-Kommission als Gesetzgeber nicht öffentlich tagt. Das widerspricht demokratischen Grundsätzen.

Zweitens. Eine quasijudikative Rolle spielt die Kommission in der Wettbewerbs- und Aussenhandelspolitik. Als Wettbewerbshüterin ermittelt sie gegen Unternehmen, die eines kartellistischen Verhaltens oder des Missbrauchs einer marktherrschenden Stellung verdächtigt werden. Sie durchsucht Büros, beschlagnahmt Dokumente, verhört Beschuldigte und verhängt (ausserordentlich hohe) Strafen. Das Urteil wird nicht von der Generaldirektion Wettbewerb, sondern von den 27 Kommissaren gefällt; die meisten von ihnen kennen sich jedoch weder in der allgemeinen Wettbewerbspolitik noch in dem konkret zu entscheidenden Fall aus. Deshalb wird die Ausführung der Wettbewerbspolitik in den meisten Industrieländern einer politisch unabhängigen und fachlich kompetenten Wettbewerbsaufsicht übertragen. Das würde sich auch für die EU empfehlen.

Die quasijudikative Rolle der Kommission in der Aussenhandelspolitik bezieht sich vor allem auf die sogenannten «Anti-Dumping»-Verfahren. Wie in der Wettbewerbspolitik, ermittelt die Kommission gegen private Anbieter, fällt einen Schuldspruch und verhängt Strafen («Anti-

Dumping»-Zölle) oder schliesst einen Vergleich (Preisverpflichtungen). Auch in diesen Fällen liegt die Letztentscheidung bei der Gesamtheit der Kommissare. Besser wäre eine unabhängige Handelskommission, am besten die Abschaffung der ganzen «Anti-Dumping»-Politik. Denn anders als die Wettbewerbspolitik, ist die «Anti-Dumping»-Politik ein protektionistisches Instrument. Falls wirklich einmal ausländische Anbieter eine marktbeherrschende Stellung erringen und missbrauchen sollten, könnte ja die Wettbewerbsaufsicht tätig werden.

Die Kommission wacht *drittens* darüber, dass die Mitgliedstaaten die europäischen Verträge einhalten. Wenn nicht, kann sie die Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Sie wird als öffentlicher Ankläger – als Staatsanwalt – tätig. Auch diese Funktion sollte ausgegliedert werden. Sie steht einer Verwaltungsbürokratie nicht zu. Die Tatsache, dass die Kommission nicht nur exekutive, sondern auch legislative und letztlich judikative Zuständigkeiten besitzt, verstösst gegen das Prinzip der Gewaltentrennung. Eine derartige Machtballung ist eine Bedrohung für den freiheitlichen Rechtsstaat.

Aber auch als Exekutivorgan ist die Kommission – *viertens* – ungewöhnlich mächtig. Sie handelt nicht, wie das Sekretariat einer internationalen Organisation, unter der Aufsicht der Mitgliedstaaten, oder wie eine einzelstaatliche Bürokratie auf Anleitung demokratisch gewählter Politiker. In EG-Vertrag heisst es dazu: *«Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft aus. Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen»* (Artikel 213, Absatz 2). Ob die Kommission ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt, entscheidet der Europäische Gerichtshof. Dieser teilt jedoch das Interesse der Kommission an der Zentralisierung Europas; denn je grösser die Kompetenzen der Union, desto wichtiger und interessanter sind auch die Fälle, die die Richter zu entscheiden haben.

Das Europäische Parlament kann zwar alle Kommissare zusammen entlassen, aber unerwünschte Entscheidungen nicht verhindern. Denn dafür bedürfte es eines Gesetzgebungsvorschlags der Kommission. Die Mitgliedstaaten können den von ihnen entsandten Kommissaren allenfalls damit drohen, sie nicht wieder vorzuschlagen, aber viele Kommissare streben gar

keine Wiederernennung an. Schliesslich können die Mitgliedstaaten der Kommission das Budget kürzen. Der Finanzrahmen wird jedoch nur alle fünf Jahre von ihnen festgelegt, und eine Kürzung ist nur möglich, wenn alle 27 Mitgliedstaaten zustimmen. Es genügt der Kommission daher, wenn sie etwa von Belgien oder Luxemburg unterstützt wird.

Im Idealfall würde sich die Kommission an den Wünschen des Souveräns – der Bürger – orientieren. Dazu hat sie aber wenig Anlass, noch weniger als andere staatliche Bürokratien. Das liegt nicht nur daran, dass sie unabhängig von den gewählten Volksvertretern ist. Es kommt hinzu, dass sie als internationale Bürokratie der Aufmerksamkeit der Wähler besonders weit entzogen ist. Je mehr die Politik zentralisiert wird, desto weniger versteht der Bürger, was vor sich geht.

Zum einen steigen für ihn die Informationskosten. Die Probleme werden immer abstrakter, und die «Harmonisierung» oder Zentralisierung der Politik macht es ihm unmöglich, die Lei-

Die Kommission besitzt nicht nur exekutive, sondern auch legislative und judikative Zuständigkeiten; das verstösst gegen das Prinzip der Gewaltentrennung. Eine derartige Machtballung ist eine Bedrohung für den freiheitlichen Rechtsstaat.

stung verschiedener Mitgliedsregierungen zu vergleichen. Die Entscheidungsträger der Union sind weit weg, und sie sprechen Sprachen, die die meisten Bürger nicht verstehen. (Die Bildungseliten sehen das natürlich anders; für sie ist es wohl geradezu chic, fremde Sprachen zu hören, zu lesen oder zu sprechen.) Schliesslich sind die Informationskosten der Bürger hoch, weil die meisten internationalen Gremien – wie die Kommission – hinter verschlossenen Türen tagen.

Zum anderen schwächt die Zentralisierung den Anreiz der Bürger, sich über Politik zu informieren. An der Wahlurne – zum Beispiel bei den Wahlen zum Europaparlament – hat die Stimme des einzelnen wenig Gewicht. Da darüber hinaus die Kosten der Ausgabenprogramme, die zugunsten einzelner Interessengruppen beschlossen werden, auf immer mehr Steuerzahler verteilt werden, ist der Anreiz des einzelnen Bürgers, sich zu informieren und zu wehren, noch geringer. Das gleiche gilt übrigens für die

nationalen Finanzminister: wenn sie bei den europäischen Budgetverhandlungen Geld einsparen wollen, müssen sie nicht nur erst einmal 26 Kollegen überzeugen, sondern sie können auch nur einen Bruchteil der Einsparungen in ihrem eigenen Etat verbuchen. Mit der Zentralisierung schwindet schliesslich die Chance des einzelnen Bürgers, Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern zu gewinnen. Diese Überlegungen werden durch Meinungsumfragen, wie diejenige von Eurobarometer im November/Dezember 1995, gestützt. 40 Prozent der Befragten glauben, überhaupt keinen Einfluss auf die EU-Entscheidungen zu haben, aber nur knapp 30 Prozent trauen sich keinerlei Einfluss auf die nationale Regierung zu.

Dies sind subjektive Einschätzungen, die nicht richtig sein müssen. Gibt es auch empirische Tatsachen, die die Hypothese mangelnder Information und Kontrolle belegen? Im Jahr 2004 fragte Eurobarometer die Bürger, ob der Hauptsitz der EU-Kommission in Strassburg sei. Nur 22 Prozent wussten, dass dem nicht so ist. Auch die Ergebnisse für die anderen EU-Institu-

tionen deuten auf Unwissenheit hin. Das geringe Interesse der Bürger an der Europapolitik äussert sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung. Bei den letzten Wahlen zum Europa-Parlament im Jahr 2004 gab weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

hat. Seine Beschlüsse blieben jedoch ohne Wirkung, weil die Regierung im Vorschlagsmonopol der Kommission ein «unüberwindliches Hindernis» sah. Als der europäische Ministerrat 1991 das Verfahren der Gehaltsanpassung in Frage stellte, traten die Kommissionsbeamten in Streik. Es kam zu einem Kompromiss, der aber am Gehaltsabstand wenig änderte. Schliesslich nahm sich der deutsche Rechnungshof der Sache an, und der Haushaltsausschuss des Bundestages empfahl 1997 einstimmig, eine 20prozentige Sperre und gegebenenfalls Kürzungen der deutschen EU-Beiträge anzudrohen. Es kam jedoch, wie es kommen musste – alles ist beim alten geblieben.

Weniger bekannt ist, dass auch die Brüsseler Pensionen ungewöhnlich grosszügig sind. Die Kommissionsbeamten können bereits mit 60 Jahren und ohne jede Einkommenseinbusse in den Ruhestand gehen. Auch wer aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Pension geht, braucht keinen Einkommensverlust hinzunehmen. Er kann überdies – ein je nachdem nicht zu unterschätzender Vorteil – unbeschränkt hinzuverdienen.

Da internationale Organisationen der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind, sind finanzielle Unregelmässigkeiten bis hin zur Korruption dort wahrscheinlicher als in den einzelnen Mitgliedstaaten. Eine internationale Querschnittanalyse fand auch tatsächlich einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen der Zentralisierung des Staates und dem Ausmass der Korruption.* Auch der EU-Kommission werden immer wieder Verschwendung und Korruption zur Last gelegt. Seit 1994 hat der Europäische Rechnungshof der Kommission jedes Jahr das erforderliche Unbedenklichkeitstestat verweigert. In seinem Bericht für 2006 stellt er fest, dass 30 Prozent der Agrarausgaben und 12 Prozent der strukturpolitischen Ausgaben fehlerhaft waren. 1999 setzte das EU-Parlament eine unabhängige Untersuchungskommission ein. Ihr Bericht war so niederschmetternd, dass die Kommissare freiwillig geschlossen zurücktraten. 2002 trat gar die Kommissionsbeamtin Martha Anderson, die die Finanzkontrolle leitete, aus Protest gegen die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten zurück. Und 2003 wurde der Leiter des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat) in einen Korruptionsskandal verwickelt und musste gehen. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung schätzte den durch Betrugereien entstandenen Schaden 2004 auf 1,5 Milliarden Euro.

Bleiben wir beim Demokratiedefizit. Ein deutliches Indiz für die mangelnde demokratische Kontrolle der Kommission ist die Besoldung ihrer Beamten. Sie verdienen zum Beispiel weit mehr als vergleichbare Ministerialbeamte in Deutschland. Die Einkommensunterschiede haben sogar im Zeitablauf noch zugenommen. Lagen die Brüsseler Nettogehälter 1980 im Durchschnitt noch 50 Prozent über den deutschen, waren es 1997 schon 80 Prozent. Daran dürfte sich in den letzten Jahren wenig geändert haben.

So erstaunt es nicht, dass bereits im Jahre 1984 die sich immer weiter öffnende Einkommensschere das deutsche Parlament beschäftigt

Da internationale Organisationen der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind, sind finanzielle Unregelmässigkeiten dort wahrscheinlicher als in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum viele Kritiker behaupten, die Kommission sei besonders anfällig für die Avancen von Interessengruppen. Dafür könnte es mindestens drei Gründe geben. *Erstens* ist das Entscheidungsgremium der 27 Kommissare kleiner als das riesige EU-Parlament mit seinen 782 Abgeordneten. Interessenverbände können deshalb leichter eine Mehrheit der Kommissare für sich gewinnen. Die Kommissare sind auch ein lohnenderes Ziel als der Ministerrat, weil der Ministerrat – anders als die Kommission – meist nur mit qualifizierter Mehrheit oder einstimmig entscheiden kann.

Zweitens unterliegen die Kommissionsbeamten, anders als die Politiker in Rat und Parlament, nicht der Wiederwahl. Sie brauchen daher auf die Wünsche der Bürger kaum Rücksicht zu nehmen. Um so nachgiebiger sind sie gegenüber den Interessengruppen.

Drittens profitieren die Lobbyisten von der Intransparenz der Entscheidungsprozesse in der EU und speziell in der Kommission. Je weniger die Wähler durchschauen, was gespielt wird, desto einflussreicher sind die Interessenverbände. Es ist ja gerade das Wesen der Interessengruppen, dass sie politische Ergebnisse herbeizuführen versuchen, die eine Mehrheit der Wähler abgelehnt hätte. Der Haupttrivale des Lobbyisten ist der Medianwähler, und je schwächer die Kontrolle durch die Wähler, desto stärker ist der Korporatismus.

Im Grunde kommen die Forderungen der Interessengruppen der Bürokratie sogar höchst gelegen; denn was gefordert wird, ist mehr Staat und mehr Zentralisierung. Die Kommission ist daher der natürliche Verbündete der Interessengruppen. Im Grunde ist sie sogar selbst eine Interessengruppe.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: die Kommission hat für die Interessengruppen nicht nur ein offenes Ohr, sie subventioniert sie sogar. 2004 trug sie zum Beispiel 6,3 Millionen Euro zur Finanzierung von 30 Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich der Umweltpolitik bei. Ausserdem sitzen in über 100 Ausschüssen der Kommission Vertreter privater Interessenverbände. Die Korporatismus-Forscher Andersen und Eliasson kamen 1991 im *European Journal of Political Research* zu der Schlussfolgerung: «Das System der Europäischen Gemeinschaft weist heute eine stärkere Lobby-Orientierung auf als irgendeines der nationalen Systeme in Europa». William Peirce, ein amerikanischer Wissenschaftler, gelangt in einem Konferenzbeitrag zu dem Ergebnis, dass

78 Prozent der EU-Gesetzgebung der Befriedigung von Interessengruppen diene. Ähnliches gilt für den Haushalt. In der Handelspolitik ist zum Beispiel wieder an die protektionistischen «Anti-Dumping»-Verfahren zu denken, die die Kommission in alleiniger Verantwortung durchführt.

Was ist zu tun? Die Lösung besteht darin, aus der Kommission eine normale Ministerialbürokratie zu machen, sie normalen Ministern – also dem Ministerrat – zu unterstellen. Keine Lösung ist es hingegen, aus der Kommission eine europäische Regierung zu machen, die vom Europa-Parlament gewählt und kontrolliert wird. Denn die EU-Abgeordneten haben – wie Umfragen zeigen – ganz andere Zielvorstellungen als die Bürger. Gefragt, ob drei besonders wichtige Politikbereiche eher der EU oder eher den einzelnen Mitgliedstaaten zugewiesen werden sollten, plädierte eine Mehrheit (54 Prozent) der Europarlamentarier, aber nur eine Minderheit (44 Prozent) der Bürger für die Zentralisierung auf EU-Ebene.** Dafür dürfte es zwei Gründe geben. Zum einen wollen die EU-Abgeordneten ihre ei-

Die Lobbyisten profitieren von der Intransparenz der Entscheidungsprozesse in der EU. Je weniger die Wähler durchschauen, was gespielt wird, desto einflussreicher sind die Interessenverbände.

gene Gesetzgebungsmacht erhöhen, indem sie mehr Zuständigkeiten für die EU fordern. Zum andern kandidieren vor allem diejenigen für das Europa-Parlament, die die Zentralisierung Europas gutheissen (Selbstselektion).

Zwar wünschen auch die nationalen Politiker eine stärkere EU-Zentralisierung als die befragten Bürger, aber die Verzerrung ist deutlich geringer. Deshalb sollte die Kommission nicht vom Europa-Parlament eingesetzt und kontrolliert werden, sondern vom Rat, dem Gremium der nationalen Minister. Die Letztentscheidung müsste natürlich bei den Bürgern liegen. Doch damit ist nicht zu rechnen.

ROLAND VAUBEL, geboren 1948, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Er ist Autor von «Europa-Chauvinismus. Der Hochmut der Institutionen» (2001).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht Europa vor einer entscheidenden Frage: Will es ein freier Kontinent sein oder ein neues paneuropäisches Imperium?

(2) Unser aller Erbe

Gerd Habermann

Das moderne Europa ist aus dem selbstverschuldeten Untergang eines überzentralisierten Imperiums – des Römischen Weltreichs – hervorgegangen. Man könnte auch sagen: aus dem Prinzip des Wettbewerbs, der eine politische und kulturelle Vielfalt hervorgebracht hat, wie sie kein anderer kultureller Grossraum kennt.

Max Weber, nach ihm Eric L. Johnson, Erich Weede, und zuletzt Philippe Nemo in seiner brillanten Studie über den «Westen», haben Europas kulturelle und politische Strukturen und die Gründe dafür analysiert, warum nur in diesem Raum der moderne Kapitalismus entstanden ist. Damit ist jenes erfolgreiche Handlungs- und Ideenmuster gemeint, das, im Zuge der Globalisierung, durch freie Zustimmung der Konsumenten einen bisher nie dagewesenen Wohlstand geschaffen und die meisten Völker der Welt für sich eingenommen hat.

Marktwirtschaftliche Arbeitsteilung, moderne Technik und freie Wissenschaft, «rationaler» Staat und berechenbares Recht sowie eine klare Berufsethik entfalteten sich vor dem Hintergrund eines politischen Wettbewerbs und drängten überall Traditionalismus, Monopole (auch geistig-religiöse) und magische Welteinstellungen zurück. Schon Athen und das antike Griechenland waren wettbewerbsmässig formiert. Der Agon, der griechische Wettstreit, wurde nicht nur im Sport verherrlicht. Das römische Privatrecht arbeitete die Kategorien von Eigentum und individueller

Person scharf heraus. Die jüdisch-christliche Botschaft überhöhte den Individualismus religiös: jeder in Unmittelbarkeit zu Gott – ein wichtiges Vermächtnis an den späteren Liberalismus. Nicht «der Staat» (oder sonst ein Kollektiv), so ist die Botschaft, darf das letzte Wort haben oder kann der letzte Wert sein.

Höhepunkte der europäischen Geschichte waren immer jene Zeiten, in denen der Wettbewerb besonders intensiv war: nicht nur das antike Griechenland, auch das hohe Mittelalter mit seinem Polyzentrismus, mit seiner prachtvollen Städtkultur, das agonale Italien der Renaissance gelten mit Recht – ebenso wie später die Aufklärungsperiode und schliesslich das goldene Zeitalter des Freihandels – als Kulminationspunkte der Kulturgeschichte. Schon der Feudalismus als Prinzip äusserster politischer Nonzentralisation, der den spätrömischen Terrorstaat ablöste, war der Freiheit ebenso günstig wie später die Konkurrenz von Staat und Kirche, Imperium und Sacerdotium. Die Konkurrenz hat den Staat entheiligt und den omnipotenten Cäsaropapismus – wiederholten Bemühungen der deutschen Kaiser zum Trotz – verhindert.

Die weltweite Expansion europäischer Macht lässt sich nur vor dem Hintergrund des Wettbewerbs der Staaten und Nationen verstehen. Es waren die konkurrierenden, immer ausgeprägteren Kollektivindividualitäten der Nationen, die in neueren Jahrhunderten den Reichtum Europas ausmachten. Der Historiker Hermann Heimpel stellte zu Recht fest: «*Dass es Nationen gibt, ist das Europäische an Europa.*» Doch es ist gewiss nicht zutreffend, in der besonderen Begeisterung Herders für die Vielfalt der Völker und seiner heftigen Ablehnung des Römischen Reiches den Ursprung des späteren nationalistischen Dämons zu sehen.

Alle Versuche, das nachrömische Europa mit bürokratischen oder militärischen Zwangsmitteln wieder zu vereinigen (Karl der Grosse und einige seiner romantischen Nachfolger, etwa Karl V., Napoleon, Hitler oder Stalin), scheiterten spektakulär. Spektakulär ist auch die Liste gescheiterter Vielvölkerstaaten in Europa: Österreich-Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Sowjetunion und demnächst vielleicht Belgien. Zweifellos haben die mörderischen «Bruderkriege» das wettbewerbliche Europa im 20. Jahrhundert geschwächt. Aber diese geschwächten Nationen waren nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Führung der grossen europäischen Tochternation Amerika klug genug, ihre Kräfte zu bündeln, um

sich gegen jenes totale Imperium zu behaupten, das einen grossen Teil Europas mit Waffengewalt unterjocht hatte und mit seiner konstruktivistisch-kommunistischen Ideologie das zu zerstören drohte, was eben «europäisch» an Europa war – das Sowjetreich unterlag im globalen Wettbewerb. Das Schicksal des Römischen Reiches, der langsame, jahrhundertelange Niedergang, blieb ihm dank der überlegenen Konkurrenz durch den Westen erspart.

Die neue Bedrohung des Europäischen kommt heute nicht aus dem imperialen Machtstreben einer einzelnen europäischen Nation oder eines an den Grenzen drohenden, totalitären Imperiums, sondern sie hat sich aus jenem funktionellen Hilfsorgan entwickelt, das sich die führenden europäischen Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg gaben, um Kriege und Gewalt unter sich auszuschalten und einen Raum freien Austausches und Handels wiederherzustellen, beginnend mit der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Dieses Hilfsorgan – die heutige Brüsseler Euro-Bürokratie – fand schon in der Anfangsphase die Kritik echter Liberaler, wie Wilhelm Röpke einer war: *«Wenn wir versuchen wollen, Europa zentralistisch zu organisieren, einer planwirtschaftlichen Bürokratie zu unterwerfen und gleichzeitig zu einem mehr oder weniger geschlossenen Block zu schmieden, so ist das nicht weniger als Verrat an Europa und am europäischen Patrimonium. Wir zerstören gerade das, was wir zu verteidigen haben und was uns selber Europa ebenso lebenswert wie der ganzen freien Welt unersetzlich macht. Eine blosser Verschiebung des Sitzes der Souveränität lässt das Problem des Übermasses unberührt, ja verschärft es noch.»* Es war eben von Anfang an das Muster einer bürokratischen Integration von «oben», statt einer organischen Integration durch freien Handel (man denke besonders an das Beispiel der Agrar-«Ordnung»).

Diese Bürokratie hat inzwischen eine ungeahnte Dynamik angenommen. Der noch nicht gültige, von den meisten Politikern kaum wirklich überschaut Vertrag von Lissabon, der camouflierte Nachfolger des gescheiterten Verfassungsvertrags, ist ein vorläufiger Höhepunkt in dem Bemühen, fast alle einer Nivellierung europäischer Vielfalt entgegenstehenden Schranken zu sprengen, auch wenn er die Beruhigungsspielle eines Austrittsrechts vorsieht. Schon die einheitliche europäische Währung – der Euro – setzt einen einheitlichen Grossraum oder ein Imperium voraus; ebenso ein Binnenmarkt-Konzept, das mehr sein will als Freihandel, indem es zwecks

«Senkung der Transaktionskosten» die Standardisierung nicht nur vieler Sitten, Bezeichnungen, Gebrauchsnormen, sondern allen Rechts, inklusive des Zivil-, Handels-, ja selbst des Strafrechts, ins Auge fasst.

Dieses Gebilde hat sich sogar die Kompetenz-Kompetenz gegeben. So gibt es praktisch keinen Politikbereich mehr, auch nicht mehr im Sozial- oder Arbeitsrecht, der nicht, sei es direkt und ausschliesslich, sei es immerhin konkurrierend, das imperiale Projekt vorantreibt, dabei unterstützt durch die zentralisierende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Was hat das Gerede von «Subsidiarität» angesichts dieser entfesselten Zentralisierungsdynamik noch zu bedeuten? Die schwächlichen nationalen Rechte, die der Lissabonner Vertragsentwurf zugunsten der Subsidiarität vorsieht, werden diesen imperialen Zug nicht aufhalten. Der eigentliche Souverän, die europäischen Völker, sind kaum mehr Herren der Verträge.

Ja, Brüssel, wie man statt «Europa» sagen sollte, scheut nicht davor zurück, als Sittenwächter

Der Bologna-Prozess schaltet die Vielfalt der Bildungssysteme gleich: derselbe Bachelor- und Master-Abschluss statt gegenseitiger Anerkennung und freien Wettbewerbs der Nationen um das beste System.

selbst das individuelle Verhalten der Europäer zu modellieren und damit tief in ihr Privatleben einzudringen. Denken wir beispielsweise an die irreführend so genannte Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, an das utopisch-überhebliche sogenannte *Gender Mainstreaming*, an den sogenannten Verbraucherschutz insgesamt, an eine Familienpolitik, die etwa europaweit die Länge des Mutterschutzes bestimmt, oder auch an die europaweit fixierte Höchstarbeitszeit und den Mindesturlaub. Der begleitende sogenannte Bologna-Prozess sucht die Vielfalt der europäischen Bildungssysteme gleichzuschalten: ein und derselbe vergleichbare Bachelor- und Master-Abschluss statt gegenseitiger Anerkennung und freien Wettbewerbs der Nationen um das beste System. Auf europäischer Ebene etabliert sich zudem um die EU-Kommission herum die Herrschaft einer «politischen Korrektheit», die alle abweichenden Ansichten der Zensur, ja fast Inquisition, zu unterwerfen sucht – auch die Kritik am «Europäismus».

Diese Entwicklung läuft weitgehend an den Völkern und den Errungenschaften ihrer politischen Selbstbestimmung vorbei. «Brüssel» ist fern, das Interesse an der parlamentarischen Fassade gering. Selbst die leitenden Politiker der Nationen sind kaum mehr in der Lage, dieses Projekt zu überblicken, das sie in Gang gesetzt haben. Von mächtigen ökonomischen Interessen abgesehen, wird es getragen von einer politischen Klasse egalitärer Technokraten, die unter dem Titel «Harmonisierung» in Wirklichkeit die Standardisierung europäischer Vielfalt forcieren. Die Hoffnung, dass der Beitritt möglichst vieler Länder, namentlich zuletzt der ost-/mitteleuropäischen, diese Entwicklung aufzuhalten und die immer weitergehende «Vertiefung», will sagen Zentralisierung («ever closer union») zu begrenzen vermöchte, hat sich – trotz allen mutigen Warnrufen von Vaclav Klaus und polnischem Widerstand – bisher nicht bestätigt. Die bei Wohlverhalten winkenden Umverteilungsmittel aus den grossen europäischen Umverteilungsfonds schwächen offenbar jeden Widerstand gegen diesen politischen Enteignungsprozess.

Egalitäre Technokraten forcieren unter dem Titel «Harmonisierung» in Wirklichkeit die Standardisierung europäischer Vielfalt.

Die Frage heute ist, ob die internationale Finanzkrise diesen Zentralisierungsprozess unterbricht oder ihn noch verstärkt. Jedenfalls dürfte der Stabilitätspakt des Maastrichter Vertrages bald ebenso Makulatur sein, wie das Versprechen des deutschen Finanzministers, den Haushalt bis 2011 zu konsolidieren, es bereits ist. Mit der Unabhängigkeit und Stabilität des Euros wird es vermutlich bald vorbei sein, da Unabhängigkeit und Stabilität dem Inflationsstreben der Regierungen im Wege stehen – ein Bruch heiliger Versprechen, aber die natürliche Konsequenz politisierter Geldproduktion, die Friedrich August von Hayek so heftig kritisiert hat.

Mit «Liberalismus» hat dieses europäische Projekt wenig zu tun. Es war immer die Ambition der Liberalen, Macht einzuschränken, zu verteilen, möglichst nach unten zu verlagern, nicht sie bei volksfernen Behörden zu massieren. «Lissabon» ist genau wie sein Vorgänger abgelehnt worden, wenn es auch nur ein kleines Volk war, das diesmal die Gelegenheit hatte, sich zu äussern. Es ist zu fordern, dass die Völker in Abstimmungen

über jeden weiteren Schritt mitbestimmen, der ihre politische Substanz bedroht. Es gibt nun einmal kein «europäisches Volk», wie es sich einige «Europäisten» als Ergebnis ihrer Nivellierungsbemühungen erträumen. Auch ein imperiales Weltmachtstreben verträgt sich grundsätzlich nicht mit der liberalen Botschaft. Das europäische Projekt, wie es gegenwärtig abläuft, ist sowohl antiliberal als auch antidemokratisch.

Was kann ein liberaler Freund Europas in dieser Lage hoffen? Er wird für ein anderes Europaideal werben: das Europa des Wettbewerbs, der Subsidiarität und Nonzentralisation. Er wird sich die Macht eher nach unten als nach oben wünschen. Er wird wünschen, dass im letzten die Völker, anstelle einer politischen Klasse, mittels Referenden die Entscheidungen über ihre Zukunft treffen. Er wird das gesetzgeberische Initiativmonopol der EU-Kommission und die angesamelte Kompetenz-Kompetenz auf dieser Ebene zu beseitigen suchen. Niemals wird er zugeben, dass ein paneuropäisches Steuer-, Sozial-, Meinungs- und Sittenkartell die Finalität der europäischen Geschichte sein dürfe. Er wird sich auf das Europäische an Europa besinnen.

So haben wir heute die Möglichkeit, einen europäischen Bund souveräner Staaten auf der Grundlage einer freiheitlichen Verfassung zu wählen. In ihm würde ein auf allen Ebenen bestehender Wettbewerb als disziplinierende Kraft wirken und die europäische Vielfalt erhalten. Die einzelnen Staaten würden, durch Konkurrenz und Kooperation untereinander, aus Europa einen Hort der freien Marktwirtschaft machen, der letztlich auch den freien Handel in der ganzen Welt fördern und einen Beitrag zu einer offenen Weltordnung leisten würde. Die andere Möglichkeit ist die eines interventionistischen, bürokratischen Systems, dessen Geschicke von Brüssel aus geleitet werden: der imperiale europäische Wohlfahrtsstaat, das Ende jenes Europa, das uns am Herzen liegt.

GERD
HABERMANN,
geboren 1945, lehrt als
Honorarprofessor an
der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der
Universität Potsdam.

Sitzen Idealisten im EU-Parlament? Oder doch eher Karrieristen und Technokraten? Wen vertreten sie? Und wessen Wohl dienen sie? Der Philosoph Gianni Vattimo über sein Leben in Strassburg.

(3) «Die wenigsten Politiker denken wirklich europäisch»

René Scheu im Gespräch mit Gianni Vattimo

Herr Vattimo, Sie kennen das Ziel des Interviews? Sie möchten, dass Ihnen ein ehemaliger EU-Parlamentarier erzählt, wie es war in Strassburg.

Genau. Fakten und Zahlen.
Ich bin bereit. Schiessen Sie los.

Ein skandalträchtiges Thema ist die Besoldung der EU-Beamten und -Politiker. Wieviel verdienen Sie als Ex-EU-Parlamentarier?

Meine Pension beträgt 3'000 Euro netto im Monat. Weil ich bereits über 65 Jahre alt war, als ich mein Mandat 2004 abgab, kam ich sogleich in den Genuss der Pension. Jüngere Kollegen hingegen, die nicht wiedergewählt werden, müssen sich für die Entschädigung gedulden.

Solche, die noch in Amt und Würden sind, erhalten ein Grundgehalt, Sitzungsgeld, Spesenentschädigung und einen grosszügig bemessenen Betrag für Mitarbeiter.

Ein EU-Parlamentarier aus Griechenland, Portugal oder Spanien erhält genau gleich viel wie ein Mitglied des griechischen, portugiesischen oder spanischen Parlaments. Deshalb bestehen beträchtliche Ungleichheiten zwischen den einzelnen Ländern. Obwohl ich als Italiener das Glück hatte, zu den gutbezahlten EU-Parlamentariern zu gehören, wäre ich dafür, die Entschädigungen europaweit einander anzugleichen. Die grossen Unterschiede in Salärfragen zeigen, wie stark die EU nach wie vor im nationalen Denken verhaftet ist.

Wieviel kam insgesamt bei Ihnen zusammen?

Zwischen 15'000 und 20'000 Euro brutto pro Monat. Die Hälfte ging weg für die Spesen, also vor allem für die Assistenten.

Das ist eine ganze Menge Geld.

Ich fühlte mich das erstmal in meinem Leben privilegiert, weil ich andere Menschen bezahlen konnte. Als ich 2004 nicht wiedergewählt wurde, habe ich dies auch deshalb bedauert, weil ich gezwungen war, mein kleines Unternehmen zu schliessen. Ein Assistent in Brüssel und einige jüngere Leute hier in Turin, die für mich arbeiteten, standen plötzlich ohne Job da.

Ihre kleine Denkfabrik wurde mit Steuergeldern finanziert.

Das war mir klar. Deshalb wollte ich diese Gelder auch nicht einfach verwalten, sondern etwas Gutes damit anstellen, den Menschen Ideen und Anregungen zurückgeben.

2003 verteilten Sie zu Beginn von Silvio Berlusconis EU-Präsidentschaft Flugblätter, die ihn als Gesetzesbrecher darstellten.

Das war Aufklärung! Ich musste den ahnungslosen EU-Parlamentariern zeigen, wer Silvio Berlusconi wirklich ist.

Es gibt Journalisten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die finanziellen Exzesse der EU-Parlamentarier anzuprangern. Auch das ist Aufklärung.

Diese Exzesse gibt es, klar. Sie sind jedoch viel seltener als diejenigen nationaler Parlamentarier, jedenfalls was Italien angeht. Die Kontrollen für EU-Parlamentarier sind ziemlich streng, was ich befürworte, diejenigen für Abgeordnete des italienischen Parlaments hingegen nicht. Sie stellen ihre Frau oder ihren Cousin pro forma als Assistenten ein, um ihr Einkommen – nun ja, wie soll ich sagen? – zu optimieren.

Wem fühlten Sie sich als EU-Parlamentarier verpflichtet – einem diffusen europäischen Volk oder doch eher den italienischen Wählern und ihren Interessen?

Das ist eine gute Frage. In Italien gibt es die stehende Wendung «Sie wissen nicht, wer ich bin». Man benutzt sie, um sich wichtig zu machen, zum Beispiel wenn man jemanden dazu bewegen will, einem den Parkplatz zu überlassen. Die Sache ist nun die, dass ich als EU-Parlamentarier selber nicht wusste, wer ich eigentlich war. Ich war kein italienischer Abgeordneter, weil ich nicht die Interessen Italiens vertrat, aber ich war auch kein europäischer Abgeordneter im eigentlichen Sinne, weil es kein europäisches Volk gibt. Ich war eine Art Zwitterwesen: ein europäischer Abgeordneter italienischer Herkunft.

Es gibt Leute, die behaupten, die EU-Parlamentarier vertreten bloss die Interessen der Partei, der sie angehören.

Das kann man so pauschal nicht sagen. Der Parlamentarier wird gewählt, um das zu tun, wovon er glaubt, es diene dem Wohle Europas am besten. Aber gut, ein EU-Parlamentarier ist stärker an seine Partei gebunden als sein nationaler Parlamentskollege. Seine Wähler, die aus einer bestimmten Region stammen, haben kaum eine Ahnung davon, was er in Strassburg treibt. Er wird deshalb dazu tendieren, sich eher vor seiner Partei als vor seiner Wählerschaft zu verantworten.

Sie waren für die Linksdemokraten im EU-Parlament. Ich gehörte zur Gruppe der italienischen Sozialisten, die wiederum Teil der europäischen Sozialisten war. Ich hatte sozusagen zwei Herren zu gehorchen. Manchmal sprach sich die italienische Gruppe gegen die europäische Gruppe aus, und manchmal war ich auch ein Dissident innerhalb meiner italienischen Gruppe.

Als Sie sich für die Linksdemokraten 2004 wieder aufstellen liessen, zog die Partei Ihnen eine neue Kandidatin vor – die damalige Präsidentin der Provinz Turin. Die offizielle Begründung lautete, dass eine regionale Politikerin die piemontesischen Interessen besser vertreten könne als ein Philosoph, der Bücher über Europa schreibt.

Die offizielle Begründung war bloss ein rhetorisches Manöver. Die Partei wollte mich nicht aufstellen, weil ich ihnen zu links war. Dass ich mich auch nicht immer an die Parteidoktrin gehalten hatte, wurde zum Bumerang. Kam hinzu, dass die Partei auf der Suche nach einer Aufgabe für die Präsidentin war, deren Mandat ablief.

Der rhetorische Provinzialismus taucht in Europa immer dann auf, wenn es unangenehm wird.

Die wenigsten Bürger und Politiker der EU denken wirklich europäisch. Schauen Sie: nachdem Mercedes Bresso bereits gewählt war, kandidierte sie noch für das Präsidentenamt der Region Piemont und gewann. Das Mandat als EU-Abgeordnete wurde damit hinfällig. So rückte ein ehemaliger Fussballer nach, Gianni Rivera, der ebenfalls auf die Trumpfkarte Regionalismus setzte.

Das zeigt, dass sich nicht nur EU-Idealisten für einen Parlamentssitz in Strassburg bewerben. Das Parlament dient als Auffangbecken für viele zukurzgekommene nationale Politiker und Selbstinszenierer.

Sie übertreiben. Einer meiner Kollegen war damals

beispielsweise Giorgio Napolitano, der heutige italienische Staatspräsident, eine Person von grosser Würde. Es liesse sich sagen, im Parlament sitzen viele repräsentative Gestalten, die Geschichte geschrieben haben; es gibt Idealisten, dazu einige Karrieristen und natürlich auch einige eher langweilige Parteigänger.

Wie muss man sich den Arbeitstag eines EU-Parlamentariers vorstellen?

Ich stand früh auf, frühstückte kurz und wartete auf den Chauffeur, der mich etwas nach neun Uhr zum Parlament brachte. Die Arbeit ist ziemlich intensiv. Man verbringt den Tag diskutierend, streitend, schreibend. Man nimmt an Sitzungen teil, um die Position der Gruppe zu formulieren, die sie in jenen Fragen einnimmt, die das Parlament behandelt. Man schreibt Berichte und schlägt Massnahmen vor. Diese werden in den Kommissionen vorbesprochen und von einem Mitglied im Plenum vorgetragen, bevor das Parlament darüber abstimmt. Viel später müssen noch die nationalen Parlamente die Massnahmen ratifizieren. Man braucht viel Geduld.

Das europäische Parlament hat eine vorwiegend konsultative Funktion. Die Kommission gibt den Takt vor.

Die Kommission hat das Initiativrecht. Das Parlament behandelt gemeinsam mit dem EU-Rat jene Fragen, die die Kommission vorgibt. Seine gesetzgebende Macht ist, verglichen mit nationalen Parlamenten, stark eingeschränkt.

Hand aufs Herz – stellte sich nach den ersten Monaten eine gewisse Ernüchterung ein?

Sicher war ich anfangs enthusiastischer, als ich noch nicht genau wusste, was mich in Strassburg erwartete. Später kam mir der Gang ins Parlament manchmal so vor, als würde ich ein Einkaufszentrum betreten, ohne das nötige Geld, um mir etwas zu kaufen. Trotzdem – am Ende finde ich die EU eine gute Sache, für die es sich zu kämpfen lohnt.

In Ihren Beiträgen werben Sie für ein stärker integriertes Europa. Die Voten der Franzosen, Holländer und Iren haben dem Integrationsenthusiasmus einen empfindlichen Rückschlag versetzt.

Die Iren einfach nochmals abstimmen zu lassen, kann nicht die Lösung sein. Es ist vielmehr Aufgabe der EU-Politiker, die europäische Bevölkerung vom Vorteil eines geeinten Europa zu überzeugen. Denn eine EU ohne die Zustimmung ihrer Bürger, das wäre wirklich eine Fehlkonstruktion.

GIANNI VATTIMO, geboren 1936, ist Professor für Philosophie in Turin. Von 1999 bis 2004 sass er für die Linksdemokraten im EU-Parlament. Viele seiner Bücher sind auf Deutsch übersetzt, zuletzt: «Wie werde ich Kommunist». Berlin: Rotbuch, 2008.

Europa hat die Marktwirtschaft entdeckt. Dennoch stehen heute viele Europäer dem Markt skeptisch gegenüber. Es fehlt eine klare politische Ordnung. Zeit, über ein demokratisches europäisches Staatswesen nachzudenken.

(4) Der Markt und das Monster

Jean Baechler

Die Europäer haben vom 11. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg eine privilegierte Beziehung zu den Märkten als Institution unterhalten. Dabei folgten sich zwei Phasen. Während der ersten, zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, blühten die Märkte hauptsächlich in und zwischen den Stadtstaaten, die in ganz Europa, doch besonders in Nord- und Mittelitalien und im gesamten Rheingebiet entstanden. Die Städte bildeten spontan Netze, die sich über ganz Europa erstreckten und mit der byzantinischen und islamischen Welt in Verbindung standen. Diese lokalen, regionalen, kontinentalen und interkontinentalen Netzwerke machten aus Europa einen integrierten und gleichzeitig nach aussen offenen Markt.

Die zweite Phase wird nach der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erkennbar, mit dem Übergang von der feudalen politischen Zersplitterung zu konstituierten Fürstentümern und Königreichen und dem Auftauchen dessen, was nach dem Frieden von Westfalen 1648 zum «europäischen Gleichgewicht» oder zum «Konzert der europäischen Nationen» werden sollte. Darin ist ein System zwischenstaatlichen Zusammenspiels zu sehen, in dem sechs oder sieben nach aussen aktive Staatswesen vereinigt und die Machtverhältnisse so verteilt sind, dass keines von ihnen

die Oberhand über eine Koalition der andern erringen kann.

Diese etwas summarische Zusammenfassung zeigt das Spannungsfeld auf, aus dem heraus in Europa der Markt entstanden ist. In einer ersten Phase war es die feudale Zersplitterung und die maximal verwässerte politische Macht, die jedwede politische Instanz daran hinderten, irgendeinen Markt und folglich Tausch und Verteilung zu kontrollieren. Dieser Umstand erklärt hinreichend die ausserordentliche kulturelle Explosion im Europa des 11. bis 13. Jahrhunderts. Die zweite Phase überwindet die Zersplitterung dank der Wiederherstellung stabiler und strukturierter Staatswesen; doch führt die Restauration nicht bis zum logischen Abschluss, der in einer über Kriege und Eroberungen erreichten Schaffung eines europäischen Imperiums nach chinesischem Muster bestanden hätte. Die politische Vereinigung wurde definitiv durch die reale europäische Machtverteilung blockiert. Kein Staatswesen hat es je geschafft, das Ganze durch Gewalt zu einigen, sondern die Koalitionen trugen am Ende stets den Sieg davon.

Das zeigt sich auch an der einzigen imperialen Episode – derjenigen der französischen Revolution und ihres Erben Napoleon, zwischen 1792 und 1815. Mit einem Wort: in der Weltgeschichte steht Europa als einsame Ausnahme da, dank seiner Unfähigkeit und Unwilligkeit zu imperialer Vereinigung. Allein schon die Abwesenheit einer solchen Vereinigung genügt zur Erklärung des Triumphs und Fortbestands des Marktes.

Diese Erklärung lässt sich in alle Richtungen und alle Einzelheiten hinein verifizieren. Halten wir uns an die wichtigsten Kraftlinien. Die entscheidendste liegt in der Unmöglichkeit, eine Kontrolle der Märkte des gesamten Europa zu erzwingen, sei es qua autokratische Strategie eines allgewaltigen Machtapparates, sei es via die demokratische Strategie des Politmarktes, in dem sich Politiker und Pressuregroups treffen. Es gibt ganz einfach kein europäisches Staatswesen, in dem eine solche Strategie hätte wirksam werden können.

Doch existiert eine weitere entscheidende Entwicklung, die sich sowohl im Mittelalter als auch in der Moderne feststellen lässt. Europa ist – ungeachtet der politischen Trennungen – ein konstituierter und geeinter Kulturraum. Demgemäss zirkuliert alles in diesem Raum – Güter, Personen, Ideen. Nicht nur kontrolliert keine imperiale Macht den Austausch, sondern es ge-

lingt auch keiner der in irgendeinem der Staatswesen aktiven Mächte, auf Dauer eine wirksame Kontrolle ihrer Staatsangehörigen zu erzwingen. Die Unmöglichkeit der Vereinnahmung des Austauschs führt spontan zur Bildung von Netzwerken, die gleichzeitig integriert, hierarchisch strukturiert, elastisch, offen und frei sind. In dieser Konstellation sind Austausch und Verteilung maximiert.

Die Folge war ein allgemeines Masshalten der politischen Regimes in Europa und eine wirksame Aufteilung der Aufgaben zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Nicht einmal dort, wo der Staat die Zivilgesellschaft sein Gewicht spüren liess, wie in der von Ludwig XIV. Frankreich aufgezwungenen und quer durch Europa von aufgeklärten, modernisierungsbedachten Despoten imitierten Verwaltungsmonarchie, stand eine Einverleibung des Privaten durch das Öffentliche oder eine Abschaffung der Märkte je zur Disposition.

Die Therapie wäre einfach: ein europäisches Staatswesen auf die Beine zu stellen und mit einem demokratischen Regime zu versehen – am besten nach schweizerisch-föderalem Vorbild.

Solchen Versuchungen liess sich um so eher widerstehen, als die Geburt der Wissenschaft im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts einen starken Rationalitätsschub auslöste. Eine ihrer Nutzanwendungen befasste sich mit den Märkten und brachte dem Bewusstsein gewisser Eliten die überragenden Vorteile nahe, die der Markt bringt. Ein Widerhall davon lässt sich in Frankreich bis in die Fabeln von La Fontaine und die Briefe der Madame de Sévigné verfolgen. Unter dem Einfluss der Aufklärung ermöglichte diese Bewusstmachung im 18. Jahrhundert die Entstehung marktfreundlicher Theorien und die Ausarbeitung einer gezielten Liberalisierungs- und Marktöffnungspolitik, mit dem zutreffenden und durchschlagenden Argument, sie sei das Mittel zur Vergrösserung des Reichtums und zur Steigerung des Glanzes und der Macht jedes der im Konzert der Nationen miteinander konkurrierenden Staatswesen. Im 19. Jahrhundert mündete diese Bewegung in die Freihandelsverträge, von denen einem vielleicht nicht immer bewusst ist, welch revolutionäre Stellung sie in der Menschheitsgeschichte einnehmen.

Mit dem Dreissigjährigen Krieg Nr. 2 (1914–1945) fand das Konzert der Nationen dann ein jähes Ende, und es erschien die lebenswichtige Frage wieder auf dem Tapet, wodurch es zu ersetzen sei. Der einzig logische und vernünftige Ausweg ist der von den Gründern des europäischen Projekts gewählte und als Ziel formulierte: die Gründung eines europäischen demokratischen Staatswesens, das imstande wäre, nach innen zu befrieden und nach aussen seinen Platz zu behaupten in einem nicht länger europäischen, sondern globalen Konzert. Aber die Geschichte kennt kein Beispiel einer gewollten und friedlichen Gründung eines Staatswesens auf dem Wege der gleichzeitigen und willentlichen Aufgabe der Souveränität mehrerer Einzelstaaten zugunsten eines gemeinsamen, höhergeordneten Gebildes. Sogar die Schweizer mussten an so einem Konstrukt 550 Jahre arbeiten (das dann mit dem Sonderbundskrieg besiegelt wurde).

Als Mittel zur Vereinigung kam Krieg nicht in Betracht, und Verhandlungen waren nicht praktikabel. Somit bestand der einzige Ausweg darin, ein Vereinigungsprojekt auf den Weg zu bringen und als Motor gemeinsame europäische Unternehmungen zu lancieren, die so konzipiert waren, dass sie unfehlbar Probleme aufwerfen würden, deren Lösung sich nur in einem höheren Grad europäischer Integration finden liesse. Und so sind die Dinge bis heute gelaufen. Seit mehr als fünfzig Jahren sind die Europäer in einen politisch angetriebenen Integrationsprozess eingebunden. In diesem stehen sie unter einem übermächtigen Druck, insofern als jeder Rückschritt für alle zu untragbaren Kosten führen würde.

In der Unfertigkeit des Prozesses und dem noch bestehenden Abstand zur entscheidenden Schwelle der Gründung eines europäischen Staatswesens – wahrscheinlich nach dem schweizerischen Modell als dem überzeugendsten und die Geschichte am besten respektierenden – spiegeln sich die gegenwärtige Situation und die unterschiedlichen Haltungen wider. Für diejenigen, denen die Logik und der Sinn des europäischen Unterfangens verschlossen ist, stellt die bisher geschaffene EU ein bürokratisches, antidemokratisches Monstrum dar. Für die durch Vernunft und Geschichte überzeugten Europäer bedarf es zur erfolgreichen Zähmung des Monsters lediglich der Gründung eines Staatswesens. Unglücklicherweise lässt sich eine solche nicht in aller Gelassenheit um einen Tisch herum bewerkstelligen; denn beim Aufgeben der Souve-

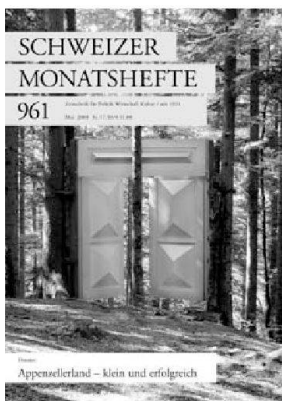
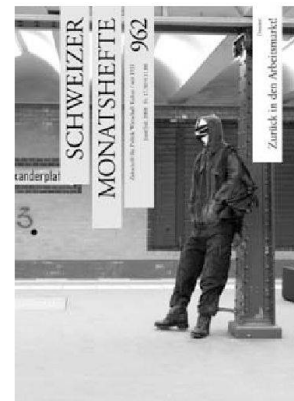
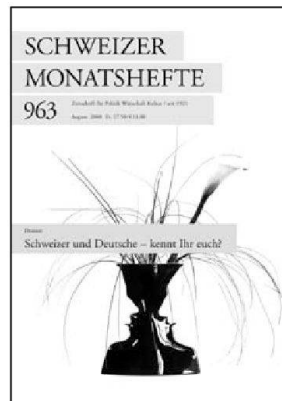
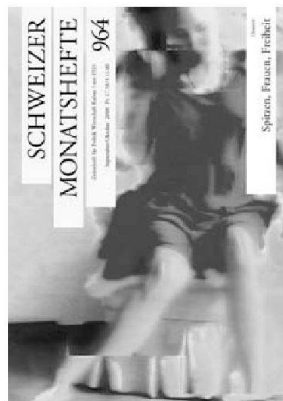
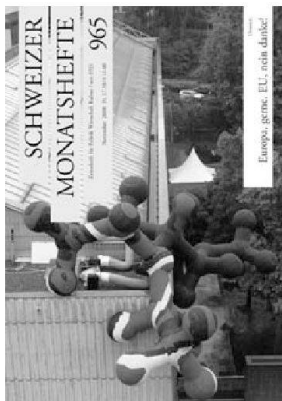
ränität weiss man, was man verliert, aber nicht, was man gewinnt, da der hypothetische Gewinn in der Zukunft liegt.

Die gegenwärtige Situation kann für alle nur vorübergehend sein. Dadurch wird sie für den Markt zweideutig, dem gegenüber die EU über alle Nachteile eines Staatswesens, aber über keinen seiner Vorteile verfügt. Die Nachteile werden ersichtlich in all den Beeinträchtigungen, die die Politik dem Markt auferlegen kann, als da sind öffentliche Interventionen, die ihn hemmen, und ein Politmarkt, der den Markt verzerrt. Wie überall, sogar in den Vereinigten Staaten, drücken diese Nachteile auf die Effizienz und die Gerechtigkeit der Märkte. Dabei sind die Europäer jedoch der Vorteile eines Staatswesens beraubt, nämlich der Fähigkeit, nach innen durchzusetzen und nach aussen Druck auszuüben. Daraus ergibt sich, dass das gemeinsame europäische Wohl einerseits schlecht definiert und von nationalen Interessen durchdrungen ist und dass andererseits die europäischen Interessen weltweit wenig oder schlecht vertreten erscheinen.

Besonders in der chaotischen Phase, die die Menschheit seit dem Ende der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität durchläuft, erstaunt es somit nicht, dass viele Europäer, noch stets tragfähigen nationalen Strukturen verhaftet, das Gefühl haben, ihr Schicksal entgleite ihnen, sowohl als Angehörigen ihres Landes wie als Europäern. Der eklatanteste Ausdruck dieser Ohnmacht richtet sich gegen den Markt, der in widersprüchlicher Weise bald als blinder und unerbittlicher Mechanismus, bald als Instrument in den Händen der Mächtigen und Cleveren wahrgenommen wird. Die Therapie gegen die Verunsicherung und Verwirrung ist einfach, wenn auch noch unerreichbar: ein europäisches Staatswesen auf die Beine zu stellen und mit einem demokratischen Regime zu versehen – am besten nach schweizerisch-föderalem Vorbild.

aus dem Französischen von Reinhart R. Fischer

JEAN BAECHLER, geboren 1937, ist emeritierter Professor der Sorbonne in Paris und Mitglied des Institut de France. Zum Thema erschien vom ihm unter anderem «Esquisse d'une histoire universelle» (2002).



Bestellungen
unter
www.schweizer-monatshefte.ch
oder mit der
Postkarte
in der hinteren
Umschlagklappe
dieses Heftes.

Die EU bemüht sich, nach aussen einig aufzutreten. Im Innern überwiegt die Uneinigkeit. Wenn es hart auf hart geht, ist sich jeder EU-Staat selbst der nächste.

(5) Ein Schein von Einigkeit

Frank Vibert

Es sind harte Zeiten für die internationalen Finanzmärkte. Doch mitten in dem Aufruhr bemühen sich die EU-Oberen um Verbreitung der Zuversicht, die EU sei ein sicherer Hafen. Angetrieben von der Finanzkrise, haben die Mitgliedsländer sich zusammengetan mit dem Ziel, ein vertrauensschaffendes Massnahmenpaket auf die Beine zu stellen – wobei nun jedes Land in seinem eigenen Markt seine eigenen Massnahmen umsetzt.

Daneben beglückwünscht sich die EU zu einem aussenpolitischen Erfolg in Georgien und dazu, Präsident George W. Bush zum Einberufen einer Reihe von Gipfelkonferenzen gebracht zu haben. An ihnen denken die globalen Toppolitiker über die Lehren nach, die aus der Krise für eine Reform des internationalen Finanzsystems zu ziehen sind. Beide Erfolge werden als Beweis dafür angeführt, dass die EU nunmehr in der Weltpolitik das Sagen habe und nicht mehr bloss auf Druck von aussen handle.

Darüber hinaus reklamiert die EU in der internationalen Umweltpolitik für sich eine Führungsrolle bei der Suche nach einer Weiterführung des Kyoto-Protokolls und hofft, auch auf diesem Gebiet zu einem neuen gemeinsamen Vorgehen mit der kommenden amerikanischen Administration zu gelangen.

Aber aufgepasst. Während die EU auf ihre Erfolge im globalen Massstab pocht, sieht sie sich mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die solche Ansprüche ernsthaft in Frage stellen. Die Einigkeit nach aussen wird gleichsam von Uneinigkeiten im Innern konterkariert.

Die erste Herausforderung ist ökonomischer Natur. In der EU ist eine wirtschaftliche Abkühlung im Gang, die sich hinziehen könnte. Die Fiskalpolitik wird beiseitegeschoben, sei es mit guten, sei es mit schlechten Gründen. Auch die

Geldpolitik innerhalb der Eurozone ist umstritten. Der wirtschaftliche Abschwung und sinkende Rohwarenpreise werden es zwar der Europäischen Zentralbank (EZB) ermöglichen, die Zinsen zu senken und eine mit steuerlichen Anreizen vereinbare Geldpolitik zu führen. Doch bleibt das Problem bestehen, ob eine einzige Geldpolitik für alle Mitglieder auch tatsächlich eine angemessene Geldpolitik für jedes einzelne Mitglied sei.

Auch die Ordnungspolitik im Binnenmarkt könnte Divergenzen Vorschub leisten. In den letzten Jahren hat sich die EU einen grossen Teil der internationalen «Bessere-Rechtsetzung»-Agenda zu eigen gemacht, für die die OECD weltweit die Trommel rührt. Dies hat in der EU freilich nicht zu weniger Vorschriften geführt, sondern lediglich zu etwas mehr erfahrungsgestützter Marktorientierung bei der Formulierung von Marktregeln. Die einzelnen europäischen Länder haben die Agenda in durchaus unterschiedlichem Ausmass übernommen.

Dieses Vorgehen ist nun unter Beschuss geraten. Ursprünglich mit einem Reformprogramm zur Liberalisierung der überreglementierten französischen Wirtschaft angetreten, hat Präsident Sarkozy die Tonart gewechselt und ruft nach einem neuen Gleichgewicht zwischen Staat und Markt – einem Gleichgewicht, in dem die Rolle des Staats aufgewertet wird. Einige europäische Führer geben sich der Hoffnung hin, sich aus der Rezession herauskaufen zu können, während andere auf die Tugenden flexibler Märkte setzen. Spannungen sind unvermeidlich.

Kommen wir nach den wirtschaftlichen zu den politischen Herausforderungen. Auch an dieser Front stehen der EU harte Prüfungen bevor. Die EU-Spitzen hatten gehofft, der Lissaboner Vertrag würde zum heutigen Zeitpunkt ratifiziert sein. Wegen des irischen Neins kamen diese Hoffnungen zu Fall. Überdies werden 2009 die Wahlen ins Europarlament einmal mehr zeigen, dass die Leute nicht für eine europäische Agenda, sondern für oder gegen ihre eigene nationale Regierung stimmen. Es bestehen nunmehr beträchtliche Zweifel daran, ob der Lissaboner Vertrag überhaupt je von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden wird. Viele verschiedene Ideen kursieren, wie mit dieser Situation umzugehen sei, einschliesslich derjenigen, auch ohne vollständige Einstimmigkeit vorwärtzumachen oder aber einzelne Änderungen ganz ohne Vertragsverfahren umzusetzen.

Ob der Vertrag nun ratifiziert wird oder nicht – das Grundproblem ist weiterhin, dass die EU

ein politisches Konstrukt der Eliten ist und als solches von der Allgemeinheit der Bürger abgekoppelt bleibt. Politikwissenschaftler warnen zu Recht vor der Zerbrechlichkeit eines dergestalt «banalisierten» Identitätsbewusstseins. Vor bald zwanzig Jahren schrieb der Ökonom und Nobelpreisträger James Buchanan über «Europas Verfassungschance». Buchanan hat offensichtlich die Brüsseler Phalanx der Einzelinteressen und ihre Macht unterschätzt, wenn es um die Verteidigung ihrer Privilegien gegen irgendwelche Beschränkungen geht, die eine konstitutionelle Ordnung mit sich bringen könnte.

Damit wären wir bei der dritten – der globalen – Herausforderung angelangt. Das Hervortreten der EU als aktiver Spielerin auf der Weltbühne bringt eigene Probleme mit sich. Schon die Haltung in Sachen Energieabsicherung hat die Tendenz zutage gefördert, dass jeder EU-Mitgliedstaat seinen eigenen Weg verfolgt. Auch angesichts der Spannungen im Nahen Osten, einschliesslich Irans, wird die transatlantische Einigkeit schon bald unter Druck geraten. Was immer das Profil eines «Neuen Bretton Woods» zwecks Restrukturierung des Weltfinanzsystems sein möge, so können dabei Differenzen zwischen den einzelnen europäischen Mitgliedstaaten auftreten, wenn es erst einmal um die Festlegung konkreter Einzelheiten geht. Und je mehr bei der Rechtsetzung internationale Gremien an Bedeutung gewinnen, desto bedeutungsloser werden regionale, wie die EU. Auch die Umweltagenda wird ihr Teil Differenzen zwischen den europäischen Staaten mit sich bringen, und zwar in dem Masse, wie die Verlangsamung des weltweiten Wirtschaftswachstums zu einer Neubewertung von Kosten und Nutzen all dessen führt, was den Klimawandel verhindern oder die Anpassung an ihn fördern soll.

Weitere Zusammenstösse sind im Frontabschnitt der Doha-Runde der Welthandelsgespräche auszumachen. Es erscheint unwahrscheinlich, dass der neue amerikanische Präsident diesen in ihrer gegenwärtigen Form neues Leben einhauchen wird. Genausowenig gibt es irgendwelche Hinweise darauf, dass Indien – selbst bei einem Regierungswechsel – von der Ansicht abrücken könnte, seine Landwirtschaft sei vor Beeinträchtigungen durch ausländische Konkurrenz zu schützen. Demzufolge müssen vielleicht andere Wege gefunden werden. Einige wären unumstritten – zum Beispiel ein Separatabkommen über Handelserleichterungen. Andere wären es wohl nicht, wie etwa ein internationales Stillhalteab-

kommen in der Handelspolitik mit dem Ziel, eine Zurücknahme schon durchgeführter Liberalisierungsmassnahmen abzublocken. Der Konsens in der EU-Handelspolitik ist fragil und weiteren Strapazen unterworfen.

Was lernt die EU aus alledem? Ohne zu zögern, hat eine Reihe europäischer Politiker behauptet, die Finanzkrise sei beispielhaft für die Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit der Länder in der modernen Welt, um dann daraus den Schluss zu ziehen, die EU müsse in Zukunft die gemeinsame Politik noch aggressiver vorantreiben, um den neuen Herausforderungen zu begegnen. Dies dürfte eine Fehldiagnose sein. Denn das Gemeinsame an den wirtschaftlichen, politischen und globalen Herausforderungen ist ihre Wirkung auf die Mitgliedstaaten, die unter deren Einfluss ihre eigenen Interessen und Präferenzen noch härter vertreten. Nicht einmal die koordinierten Finanzpakete vermochten die Disposition der Mitgliedstaaten zu übertünchen, ihren eigenen Weg zu gehen und sich auf ihre eigenen Finanzbehörden zu verlassen. Die Wäh-

Die Wähler werden ihre Regierungen nicht abstrafen, wenn diese bei der Interpretation ihrer nationalen Interessen eine härtere Linie verfolgen.

ler werden mit Sicherheit ihre Regierungen nicht abstrafen, wenn diese bei der Interpretation ihrer nationalen Interessen eine härtere Linie verfolgen. Im Gegenteil: ein Grossteil der Wähler würde es den Regierenden heimzahlen, sollten diese den Eindruck von Zimperlichkeit erwecken.

Die EU sieht sich ähnlichen Gefahren gegenüber, wie sie uns die internationale Finanzkrise zu Bewusstsein gebracht hat. Dem Risikomanagement bedeutender Institutionen sind zwei grundlegende Fehler unterlaufen. Erstens wurde angenommen, die Risikowahrscheinlichkeit würde ihrer normalen Glockenkurve folgen. Es bestand zuwenig Marge für ungewöhnlich zahlreiche oder ausserordentlich schwere Schläge. Zweitens beruhten viele der Wirtschaftsmodelle auf vergangenen Verhältnissen, und mit neuen konnten sie nicht umgehen. Vergangene Erfolge sind keine Garantie für künftigen Erfolg. Ob die EU also fähig ist, mit den beschriebenen, anrückenden Herausforderungen fertigzuwerden, muss sie erst noch beweisen.

aus dem Englischen von Reinhart R. Fischer

FRANK VIBERT ist Direktor des britischen Thinktanks «European Policy Forum» und unter anderem Autor von «Europe Simple, Europe Strong: The Future of European Governance» (2001).

Hat die EU-Osterweiterung frischen Wind in die Union gebracht? Nicht wirklich. Alles bleibt beim alten. Anonymität und Konformismus nehmen weiter zu.

(6) Als ob die Geschichte zu Ende wäre

Václav Klaus

Die gegenwärtige Diskussion zu Europa beunruhigt und befremdet mich. Es scheint einen allgemeinen Konsens zu geben, dass die meisten fundamentalen Fragen unserer Zeit irgendwann in der Vergangenheit gelöst wurden und die Geschichte zu Ende sei.

Zu meinem grossen Bedauern haben die neuen EU-Mitglieder aus Zentral-, Ost- und Südeuropa nichts zur Diskussion beizutragen; denn allesamt sind sie in der Zeit zwischen dem Kollaps des Kommunismus und ihrem Beitritt schon vom selben Virus infiziert worden. Länder aus peripheren Regionen könnten zwar frischen Wind entfachen, doch würde dies als Bedrohung empfunden und einen künftigen Beitritt in Frage stellen.

Die unlängst vollzogene Erweiterung wird eine andere Entwicklung begünstigen. Weil alles grösser und komplizierter sein wird, zeigen sich auch die der heutigen EU inhärenten Schwächen deutlicher:

- sowohl das Demokratiedefizit als auch das Fehlen demokratischer Legitimation der EU-Institutionen wird sich klarer abzeichnen als bisher;
- der Entscheidungsprozess wird noch stärker vom demokratischen zum hierarchischen Typus tendieren;
- die Macht der Kern-EU wird verstärkt;
- das Mehrheitsprinzip wird das Einstimmigkeitsprinzip in immer mehr Bereichen verdrängen;
- das Bestreben, von der Norm abweichendes Verhalten auszuschalten, wird zu immer mehr Interventionen der zentralen Instanzen führen;
- die Distanz der Bürger vom Machtzentrum in Brüssel wird grösser werden;
- die Anonymität des Entscheidungsverfahrens wird zunehmen.

All dies ist angesichts des von den Integrationisten vorangetriebenen Projekts einer immer engeren Union unvermeidlich. Der in einer grösseren Union unweigerlich höhere Preis der Entscheidungsfindung wird sich entweder in einem Verlust an Effizienz oder in einem zusätzlichen Defizit an demokratischer Legitimation niederschlagen. Beides ist ein schlechtes Zeichen.

Eine EU-Verfassung (oder allenfalls ein EU-Verfassungsvertrag) wird beide Arten von Kosten noch mehr erhöhen. Die aktuelle Fassung hat einschneidende Konsequenzen, sowohl für die Freiheit und das Wohlbefinden der Bürger als Individuen als auch für die Zukunft der Nationalstaaten. Die neue Verfassung trägt nichts dazu bei, die tatsächlichen Probleme Europas zu lösen – im Gegenteil, sie verdrängt sie. Ich lasse es dahingestellt, ob dies durch einen Mangel an Einsicht oder durch absichtliche raffinierte Planung erfolgt sei.

Die inkohärente Struktur des Dokuments lässt sich einerseits als Zeichen dafür deuten, dass wir wirklich am Ende der Ideologien stehen und der Pragmatismus und der Glaube an die administrative und technologische Machbarkeit gesiegt hat. Aber sie lässt sich auch als Zeichen für das Vorherrschen einer tatsächlich interessensfreien, altruistischen Kooperation und der echten Möglichkeit deuten, «Win-win-Situationen» zu schaffen (ein Begriff, der alle terminologischen Erfindungen von George Orwell in den Schatten stellt).

Unsere Aufgabe ist freilich eine andere. Wir sollten nicht nach der Europäisierung unserer Denksätze streben; wir sollten vielmehr dafür kämpfen, dass man uns unsere fundamentalen bürgerlichen, politischen und ökonomischen Freiheiten gewährt. Wir brauchen einen internationalen Rahmen, der dies ermöglicht. Wir brauchen offene Märkte, wir brauchen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit und Vertragsfreiheit garantieren. Die Alternative dazu ist eine zentral administrierte Gesellschaft jenseits des Nationalstaats und jenseits der Demokratie.

Wir brauchen ein neues Europa ohne Europäismus, ein Europa, das ökonomische Freiheit gewährt, ein Europa mit einer schlanken, nicht expandierenden Regierung, ohne staatliche Bevormundung, ohne pseudomoralisierende politische Korrektheit, ohne intellektuellen Snobismus und Elitismus und ohne supranationale Ambitionen.

aus dem Englischen von Robert Nef

VÁCLAV KLAUS, geboren 1941, ist Ökonom und seit 2003 Staatspräsident von Tschechien. Die Originalversion dieses Beitrags und weitere Texte zur EU finden sich unter www.bruagesgroup.com.

Wenn Europa nur endlich aus seinem politischen Traum erwachte! Dann wäre es vielleicht bald keine Europäische Union mehr, sondern eine Confoederatio Europaea.

(7) Die Verschweizerung Europas

René Scheu

* Massimo Cacciari: «Gewalt und Harmonie», (1995); «Der Archipel Europa» (1998).

Es gibt zwei Arten von EU-Skeptikern. Die einen behaupten, die EU sei eine grosse, bürokratische Harmonisierungs- und Umverteilungsmaschine, ein neues kontinentumspannendes «kaltes Ungeheuer» (Nietzsche). Für die anderen hingegen ist die EU eher ein Gespenst als ein Ungeheuer, nicht in der Lage, einen Bürgerkrieg auf europäischem Territorium – wie 1999 in Kosovo – zu verhindern. Beide haben recht. Die EU ist ein seltsames Zwittergebilde, mächtig und ohnmächtig zugleich, höchst real und doch irgendwie fiktiv, ambitioniert und immer wieder kläglich an eigenen Ambitionen scheiternd.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, wie es zu dieser Kluft kam. Als Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten sich 1951 entschlossen, nach dem Plan des französischen Außenministers Robert Schuman eine «Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl» (Montanunion) zu gründen, war kein paneuropäischer Geist im Spiel. Die spätere «Europäische Union» wird zwar heute gerne als Konsequenz eines historischen Entwicklungsprozesses beschrieben, doch ist dies bloss ein nachträglich untergeschobener Gründungsmythos. Das westliche Nachkriegseuropa wurde nicht von europa-euphorischen Idealisten aufgebaut, sondern von kriegsmüden Realpolitikern. Es war nicht das Resultat einer hehren kulturellen Idee, sondern ein Ergebnis aus Zufall, Interessenpolitik und Pragmatismus.

Die Franzosen wollten nach drei kraftzehrenden Kriegen die Macht der Deutschen einbinden; sie fürchteten sich davor, von ihren anglo-amerikanischen Alliierten im Stich gelassen zu werden; zudem war ihre darniederliegende Industrie auf deutsche Kohle angewiesen. Nachdem

es ihnen nicht gelungen war, sich mit anderen Staaten gegen Deutschland zu verbünden, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihr Deutschland-Problem zu europäisieren, getreu dem Motto von Ludwig von Mises, dass «Marktwirtschaft und Krieg letzten Endes unverträglich sind». In der Präambel zum Vertrag von 1951 ist deshalb konsequent von Frieden und wirtschaftlichem Wohlstand die Rede – hochgesteckte politische Ambitionen sucht man vergebens.

Zwischen 1951 und 1992, dem Jahr, in dem die EU geboren wurde, ist viel geschehen; es fand ein radikales politisches Umdenken statt, mit durchaus realen Auswirkungen. Im Vertrag von 1951 heisst es zurückhaltend: «*Europa kann nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden.*» Man bemerke: Europa muss erst noch gebaut werden; es ist also nicht *gegeben*, sondern vielmehr *aufgegeben*. Es existiert kein europäischer Geist noch eine europäische Wurzel, die der Gemeinschaft vorausginge. Die Idee besteht im Gegenteil darin, dass sich verschiedene Staaten mit gleichen oder ähnlichen Interessen zusammenschliessen, um eine Verbundenheit – in diesem Fall den freien gemeinsamen Markt – zu erreichen.

Dieser Gedanke unterscheidet sich radikal von der Rhetorik, die die Präambel des Vertrags von Maastricht auszeichnet, der im Jahr 1992 die «Europäische Union» begründete. In fast schon metaphysischer Art und Weise wird hier eine europäische Einheit beschworen, die es auf institutioneller Ebene gleichsam einzuholen gilt. Es soll zusammenwachsen, was zusammengehört; oder, im offiziellen Wortlaut: weitere Schritte müssen getan werden, «*um die europäische Integration voranzutreiben*». Dabei ist für die EU-Architekten klar: wer in quasigöttlichem Auftrag handelt, ist den Europäern keine Rechenschaft schuldig.

Seither rätseln diese Europäer in endlosen Identitätsdebatten darüber, was das europäische Wesen eigentlich ausmache. Der italienische Philosoph und Bürgermeister von Venedig, Massimo Cacciari, warnt vor solchem metaphysischen Schattenboxen. Was verbindet die Staaten, die wir gemeinhin als europäisch bezeichnen? Cacciari's Antwort, die er in zwei lesenswerten Büchern* dargelegt hat, ist so einfach wie überzeugend: «*die ursprüngliche Gemeinsamkeit des Sichunterscheidens*». Europäisch ist nicht ein für sich bestehendes Wesensmerkmal, sozusagen eine Platonische Idee, an der die europäischen Staaten teilhaben;





«In Cold Blood – Quoting Truman Capote», Aktion, diverse Materialien und Werkzeuge, Grösse variabel, 2005

europäisch sind vielmehr jene singulären Staaten, die sich voneinander unterscheiden, auf diesem Sichunterscheiden beharren und darin das erkennen, was sie mit den anderen Staaten verbindet. Europäisch ist nicht die Identität, sondern die Differenz.

Wer dergestalt antimetaphysisch denkt (auch wenn er sich, wie Cacciari, ein wenig gestelzt ausdrückt), muss sich jene entscheidenden Fragen gefallen lassen, die in heutigen Diskussionen oft souverän ausgeblendet werden. Es ist beispielsweise nicht mehr klar, wo die Grenze zwischen Europa und Nicht-Europa verläuft. Zu Europa zu gehören, wäre dann weder Privileg noch Schicksal noch Gnadenakt aus Brüssel. Zu Europa gehört, wer dazu gehören will. Im autonomen, nicht metaphysisch hergeleiteten Akt des Zusammenschlusses steckt immer auch die Möglichkeit, mit guten Gründen wieder auszutreten. Die EU könnte sich hier von der Geschichte der Schweiz inspirieren lassen, in deren Verlauf sich Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache und Konfession zusammentaten. Europa – wenn

«Wenn Europa helvetisch geworden sein wird», sagte Massimo Cacciari, «werdet ihr der EU beitreten können.»

nicht eine neue Willensnation, so doch eine neue transnationale Willensgemeinschaft?

Die Zugehörigkeit ist das eine, die Frage nach der geeigneten Form für eine solche «Gemeinschaft der Verschiedenen» das andere. Wie präsentiert sich die aktuelle Situation? Seit 1992 hat die EU den offiziellen Auftrag, die Integration voranzutreiben. Motor dieser Integration ist die EU-Kommission, die «Harmonisierungsmassnahmen» (so der offizielle Ausdruck) anregt und durchsetzt. Harmonisierung heisst nichts anderes als Gleichschaltung und Vereinheitlichung. Das Vorgehen ist bekannt: *Idealiter* wird der grösste gemeinsame Nenner gesucht, zur EU-Richtlinie und also für alle Staaten als verbindlich erklärt. Wer nun glaubt, eine solche Vereinheitlichung sei gerecht, weil sie gleich lange Spiesse für alle in einem fairen Wettbewerb garantiere, täuscht sich. Denn *realiter* ist es oft der Nationalegoismus einzelner Regierungen (die beanspruchen, den gemeinsamen Willen ihrer Landsleute zu repräsentieren), der den Richtlinien Pate steht – Harmonisierung bedeutet konkret, dass es die anderen Staaten nicht besser haben sollen als der eigene.

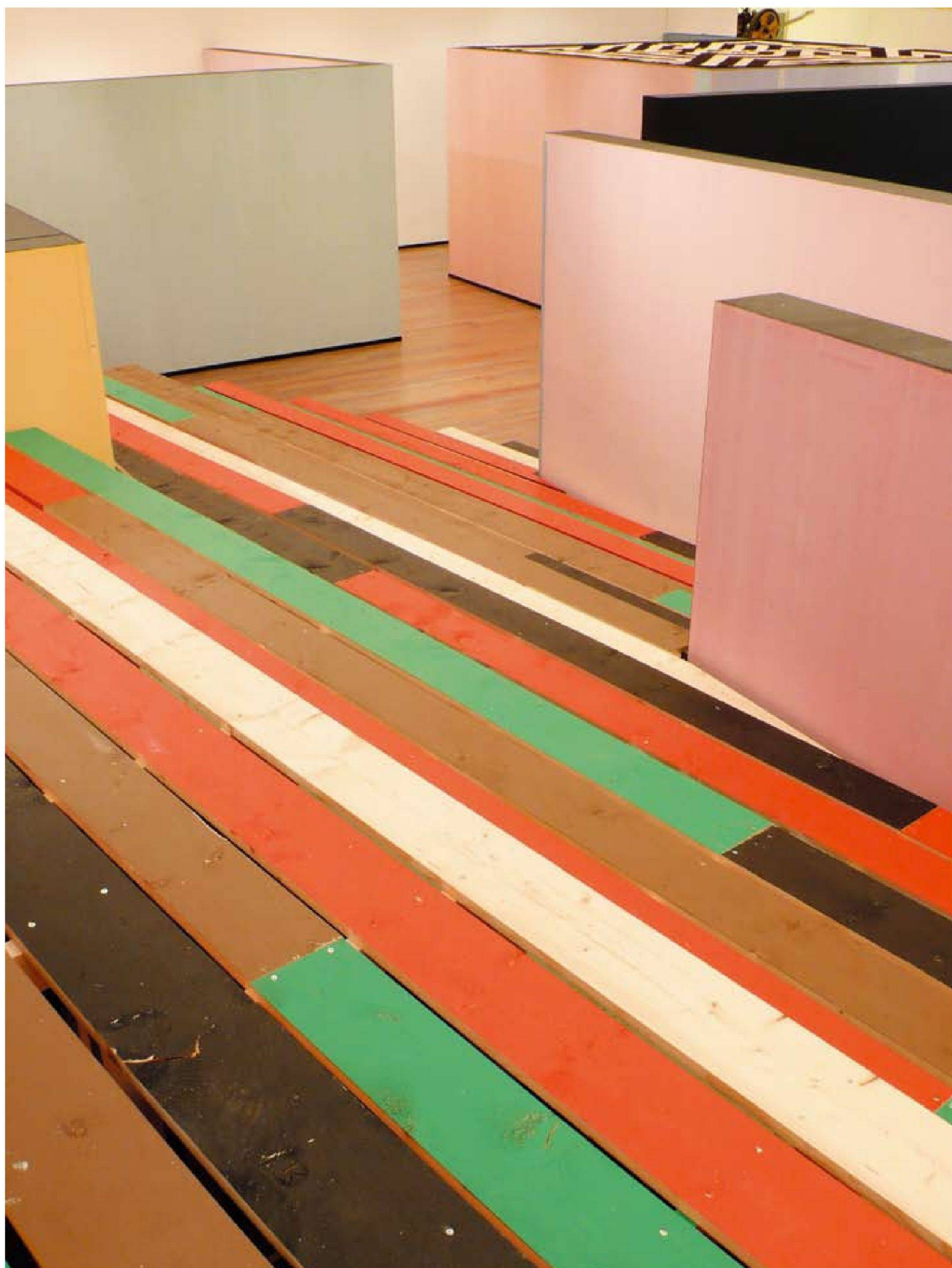
Cacciari nennt die Harmonisierung deshalb ein «delirierendes Vorhaben», das zu willkürlichen Entscheidungen führt. Der friedliche Wettbewerb unter den Staaten wird dadurch nicht fair gestaltet, sondern ausgeschaltet. «*Die absolut Verschiedenen sind nicht harmonisierbar; keine goldene Zahl kann den Abstand zwischen ihnen überbrücken.*» Die Harmonisierung muss durch eine neue – rechtverstandene – Harmonie unter den Staaten ersetzt werden. «*Sie harmonisieren, insofern sie sind, was sie sind, nämlich vollkommen einzeln und somit vollkommen zusammen in dem, dass sie nicht das andere sind.*»

Während die Harmonisierung dazu tendiert, die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten aufzuheben, ist die echte Harmonie eine Verbindung, die auf dem Sichunterscheiden beruht, das allen gemeinsam ist. Die Harmonisierung tendiert zu einem Gleichgewicht, die Harmonie hingegen zu einem beständigen, in steter Bewegung befindlichen Ungleichgewicht. Cacciari erinnert daran, dass «Harmonia», die Göttin der Eintracht, und «Eris», die Göttin des Streits, für die Griechen Wesensverwandte waren. Wo kein Streit ist, gibt es keine Harmonie; und wo Harmonie sein soll, bedarf es deshalb des Streites.

Um die Harmonie – und also den Streit – zu bewahren, brauchte es da statt einer Union nicht vielmehr eine Konföderation, d.h. einen Bund autonomer Staaten? Könnte sich die EU in dieser Frage nicht wiederum vom Werdegang der Schweiz inspirieren lassen? Wäre es nach den Voten der Franzosen, Holländer und Iren nicht angezeigt, ein anderes – weniger ambitioniertes, weniger integriertes und weniger uniformes – Europa in Betracht zu ziehen? Ist die EU bereit, auf ihre Bürger zu hören und dieses Gehör institutionell zu verankern?

Direkte Demokratie, Konföderation, Willensgemeinschaft – als ich Massimo Cacciari darauf ansprach, schwieg er einen Augenblick. «*Ich verstehe euch Schweizer*», sagte er, «*ich verstehe euren Widerstand gegen die Europäische Union.*» Wiederum Schweigen, dann ein Lächeln. «*Wenn Europa helvetisch geworden sein wird, werdet ihr der EU beitreten können.*»

Oder helvetisch formuliert: es ist höchste Zeit, dass die EU der Confoederatio Helvetica beitrifft.



«Minotic Neocolor Mindspace (Secondary African Color Circle)», Acrylfarbe, Holz, Grösse variabel, 2007